

# Entwicklung durch Entschuldung : Informationen zum "Projekt Entschuldung"

Autor(en): **Gugler, Alfred**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **9 (1989)**

Heft [2]: **Schuldenkrieg und CH-Finanzkapital**

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652621>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## **Entwicklung durch Entschuldung**

### **Informationen zum „Projekt Entschuldung“ \***

Mit dem „Projekt Entschuldung“ wird von schweizerischen Hilfswerken und entwicklungspolitischen Institutionen ein Weg vorgeschlagen, auf dem die ärmeren Entwicklungsländer in ihrer Schuldensituation entlastet werden und Impulse für ein alternatives Entwicklungskonzept freierwerden. Wovon geht das Projekt aus?

### **Verheerende Auswirkungen**

Eine halbe Million tote Kinder pro Jahr, ein Netto-Ressourcentransfer von jährlich rund 60 Milliarden Dollar vom Süden in den Norden (1), 30, 40 oder 50 Prozent der Exporteinnahmen für den Schuldendienst: die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Die Verschuldungskrise (und das damit verbundene Krisenmanagement) hat für die Entwicklungsländer verheerende Auswirkungen. Doch die westlichen Regierungen haben bis heute wenig unternommen, um eine dauerhafte Lösung der Krise zu finden oder auch nur um die Schuldnerländer zu entlasten. Das Krisenmanagement ist nach wie vor im wesentlichen darauf angelegt, die Schuldendienstfähigkeit der Schuldnerländer aufrechtzuerhalten und dafür zu sorgen, dass diese nicht aus dem System aussteigen.

Dass der arme Süden den reichen Norden finanziert, ist absurd und zutiefst ungerecht. Dass dadurch die Entwicklung der Drittweltländer blockiert wird und in vielen Fällen gar zurückschreitet, ist inakzeptabel. Deshalb müssen dringend Mittel und Wege gefunden werden, um diese Länder zu entschulden. Besonders dringlich ist eine Entschuldung im Fall der ärmsten Länder, die vorwiegend in Afrika südlich der Sahara liegen. In diesen Staaten, die ohnehin schon einen sehr niedrigen Lebensstandard haben, ist die Entschuldung zu einer Überlebensfrage geworden.

### **Was will das „Projekt Entschuldung“?**

Dem Vorschlag des „Projekts Entschuldung“ liegen folgende Ausgangsfeststellungen zugrunde: Die gewaltige Belastung der Schuldnerländer durch den Schuldendienst muss auf ein ökonomisch, sozial und politisch erträgliches Mass reduziert werden. Dafür sind substantielle Schuldenerleichterungen, im Fall der ärmsten, vorwiegend in Afrika liegenden Länder eine umfassende Schuldenstreichung notwendig. Die Entschuldung muss so weit wie möglich von den Verantwortlichen bezahlt werden und über den Weg einer grundbedürfnisorientierten Entwicklung den bisherigen Opfern zugute

kommen.

Welches sind nun – kurz skizziert – die Hauptelemente des Vorschlags?

Das „Projekt Entschuldung“ schlägt ein Schuldenkonversionsmodell mit einer entwicklungsorientierten Komponente vor: In der Schweiz soll ein „Entschuldungsfonds“ geäufnet werden, der die Forderungen der öffentlichen und/oder privaten schweizerischen Gläubiger gegenüber den ärmeren (in erster Linie afrikanischen) Entwicklungsländern mit einem angemessenen Abschlag übernimmt. Dieser Fonds erlässt den Schuldnerländern die Bedienung der Forderungen in Devisen unter der Voraussetzung, dass sie die Gegenwertmittel (Lokalwährung) für die Finanzierung von grundbedürfnisorientierten und devisenarmen Entwicklungsvorhaben verwenden. Die Gegenwertmittel könnten je nach den Verhältnissen und je nach Umfang von einem eigens zu errichtenden „Gegenwertfonds“ oder von bereits bestehenden Entwicklungsfonds (z.B. ECLOF) (2) verwaltet und eingesetzt werden.

Der Vorschlag beschränkt sich auf die ärmeren, vor allem afrikanischen Länder. Dies aus zwei Gründen: Einerseits zehrt die Verschuldungskrise in diesen Ländern noch stärker an der wirtschaftlichen Substanz als in den lateinamerikanischen Staaten. Andererseits erhöhen die, absolut gesehen, recht geringen Schuldenbeträge die Chancen für kreative politische Lösungen.

Eine Lösung der Schuldenkrise kann dieser Vorschlag zugegebenermassen nicht bringen. Er beinhaltet indes ein Konzept, das einerseits den betreffenden Schuldnerländern eine spürbare Erleichterung bringt und eine binnenmarktorientierte Entwicklung begünstigt, andererseits Chancen hat, in der Schweiz politisch durchgesetzt und somit auch tatsächlich realisiert zu werden. Angesichts der dramatischen Situation in der Dritten Welt sind konkrete, durchführbare und realpolitisch durchsetzbare Vorschläge das Gebot der Stunde. Wer einen konkreten Vorschlag präsentiert, läuft freilich Gefahr, sich zu entblößen und seine Unschuld zu verlieren. Dafür kann er/sie vielleicht auch etwas in Gang bringen.

### **Ein genereller Schuldenerlass wäre nicht sinnvoll**

Eine generelle, bedingungslose Schuldenstreichung, wie sie immer wieder gefordert wird, lässt die Frage nach den Nutzniessern eines solchen Schrittes unbeantwortet. Sie würde an den bestehenden Besitz- und Machtstrukturen in den Schuldnerländern nichts ändern und wäre eine Belohnung für Diktatoren und verschwendungssüchtige Eliten. Wir teilen deshalb die Einschätzung des Politologen Alexander Schubert: „Die Forderung nach Schuldenerlass für die Dritte Welt, so vernünftig sie erscheinen mag angesichts der Tatsache, dass die armen Länder diese Kosten nur unter ungeheuren, unzumutbaren Opfern tragen können, müsste daher gekoppelt werden mit einem Programm zur Verteilung dieser Kosten unter den reichen Nationen und einem Programm zur Veränderung der Gesellschaftsstrukturen in der Dritten Welt“ (3).

## **Ein alternativer Entwicklungspfad**

Der Vorschlag des „Projekts Entschuldung“ enthält nun Elemente, die auf eine Abkehr vom westlichen, auf Weltmarktintegration und Wirtschaftswachstum beruhenden Entwicklungsmodell hinzielen und einen alternativen, „schuldenarmen“ Entwicklungsweg begünstigen. Durch den Verzicht auf Schuldendienstleistung in Devisen wird der Exportzwang für die Schuldnerländer verringert. Dadurch reduziert sich auch die Abhängigkeit vom Weltmarkt. Ausserdem sollen die Gegenwertmittel für kleine, wenig Devisen beanspruchende Entwicklungsvorhaben (vor allem im agrarischen und kleinhandwerklichen Bereich) eingesetzt werden. Auf diese Weise kann der binnenmarktorientierte informelle Sektor, der in der Dritten Welt immer grössere Bedeutung erlangt, wirkungsvoll unterstützt werden. In vielen Fällen haben Selbsthilfeorganisationen in diesem Sektor zwar gute Ideen und viel Initiative, aber keinen Zugang zu Krediten.

## **Durchführung ist nicht einfach**

Wie dies bei Vorschlägen, die über deklamatorische Forderungen hinausgehen, häufig der Fall ist, so ist auch die Realisierung des Vorschlags des Projekts Entschuldung mit gewissen Unsicherheiten und Problemen verbunden. So kann bei einem Aufkauf von Forderungen privater Gläubiger (Banken und Exporteure) nicht vermieden werden, dass in einem gewissen Ausmass private Verluste sozialisiert werden. Diese Sozialisierungen müssen aber im Vergleich mit der heutigen Situation beurteilt werden: In den letzten Jahren haben die Schuldnerländer der Schweiz in geradezu absurdem Ausmass ERG-gedekte Kredite zurückgezahlt (4). Dieser Ressourcenabfluss wurde indirekt durch Leistungen der (von den Steuerzahlern finanzierten) öffentlichen Entwicklungshilfe teilweise kompensiert. Bei der Bedingung, dass der Entschuldungsfonds die privaten Forderungen höchstens zu dem Satz übernehmen darf, auf den sie die Banken intern bereits abgeschrieben haben, dürfte keine weitergehende Sozialisierung stattfinden als heute. Gegenüber der jetzigen, versteckten Sozialisierungspraxis (grössere Zinsspannen bei den Banken, Steuereinsparungen wegen gewinnvermindernden Rücklagen, Bundesvorschüsse an die ERG) hat der Entschuldungsfonds-Vorschlag jedenfalls den Vorteil, dass er die Aufteilung der Kosten transparent macht.

Auch das Errichten von Gegenwertfonds in den Schuldnerländern wird gewiss nicht in allen Fällen problemlos vonstatten gehen. In einigen afrikanischen Ländern wird es nicht ohne weiteres möglich sein, genügend starke, regierungsunabhängige Organisationen zu finden, die einen solchen Fonds verwalten könnten. Solche unabhängigen Basisorganisationen sind den Regierungen oft ein Dorn im Auge. Daher werden sich gewisse Regierungen nicht spontan dazu bereit erklären, ihre Schulden in einen solchen Fonds zu bedienen. Indessen stellt die Streichung der Aussenschuld und die sich daraus ergebende Devisenersparnis für die Regierungen bestimmt einen gewissen Anreiz dar, sich auf Verhandlungen über ein solches Gegenwertfonds-

Modell einzulassen. Darauf deutet auch die Tatsache hin, dass sich die OAU-Gipfelkonferenz von Ende 1987 in Addis Abeba für die Rückzahlung eines Teils der Schulden in Lokalwährung zur Finanzierung von Entwicklungsvorhaben ausgesprochen hat.

### **Kein Projekt „Entschuldigung“**

Die Initianten des „Projekts Entschuldigung“ nehmen das „Jubiläumjahr 1991“ als Anlass für eine von der Schweiz lancierte Entschuldigungsaktion. Das heisst aber nicht, dass der Entschuldigungsfonds in der Öffentlichkeit als grosszügige Geste, als „Jubiläumsaktion“ sozusagen, angepriesen werden soll. Es geht nicht darum, sich mit einem Geschenk an die armen Länder dafür zu „entschuldigen“, dass sie in den wirtschaftlichen Beziehungen zur Schweiz die ewigen Verlierer sind. Vielmehr soll das Jahr 1991 öffentlich genutzt werden, die strukturell bedingten Ungerechtigkeiten in den wirtschaftlichen Beziehungen aufzuzeigen und Lösungsmöglichkeiten zu skizzieren.

Im Rahmen des vorgesehenen Aktionsprogramms soll eine Petition lanciert werden, bei der die Forderung nach einer von der Schweiz ausgehenden Entschuldigungsaktion zugunsten der ärmeren Entwicklungsländer im Vordergrund steht. Da die Verschuldung aber eigentlich nur ein Symptom von strukturellen Ungerechtigkeiten ist, wird der Forderung nach strukturellen Reformen in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen grosses Gewicht beigemessen. Verlangt werden namentlich Massnahmen zur Abwehr von Fluchtgeldern und Reformen im handelspolitischen Bereich.

\* Das „Projekt Entschuldigung“ wurde 1986 von den Hilfswerken Brot für Brüder, Fastenopfer, dem Institut für Sozialethik des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes sowie der Nationalkommission Justitia et Pax der Schweizer Bischofskonferenz initiiert. Es besteht aus zwei Teilen – einem Forschungsprojekt und einem Aktionsprogramm –, die administrativ und von den Verantwortlichkeiten her getrennt sind.

Das im Mai 1988 unter dem Titel „Die Schweiz und die Verschuldung der ärmeren Entwicklungsländer – Zusammenhänge, Entwicklungen und Reformansätze“ gestartete Forschungsprojekt nimmt die ökonomisch-ethische Analyse vor und erarbeitet handlungsorientierte Ansätze. Das Aktionsprogramm hat zum Ziel, solche Handlungsansätze in ein konkretes Forderungspaket umzusetzen, das in eine breit angelegte Informationskampagne eingebettet werden soll. Das Hauptelement dieser Kampagne ist eine Petition, die 1991 zu einem Bundesbeschluss über die Äufnung eines „Entschuldigungsfonds“ führen sollte. An der Kampagne wird sich über die Basisträgerschaft hinaus noch eine Anzahl weiterer Organisationen beteiligen.

### **Anmerkungen**

- 1) Beide Zahlenangaben stammen aus dem UNICEF-Bericht „The State of the Worlds Children 1989“. In der Zahl zum Netto-Ressourcentransfer sind auch die geschätzten Terms-of-Trade-Verluste enthalten.
- 2) ECLOF (Ecumenical Church Loan Fund) ist eine ökumenische Stiftung für kirchliche Hilfe, die dem Ökumenischen Rat der Kirchen angegliedert ist. Sie unterstützt über nationale ECLOF-Komitees kleine Entwicklungsprojekte mit bescheidenen Krediten.
- 3) Alexander Schubert: Gewinne aus der Dritten Welt. In: Der Überblick 3/86, S. 12.
- 4) So schrumpfte das ERG-Engagement gegenüber den ärmeren Entwicklungsländern (LICs/ Low Income Countries, 58 ohne die vier Länder Ägypten, China, Indien, Indonesien) von Ende 1986 bis Ende 1987 von rund 840 Millionen Franken auf ca. 190 Millionen Franken.